

Stefan Bollinger

Vom Schicksal der „wunderlichsten aller Revolutionen“¹

Frieden! Demokratie! Sozialismus!?

Die zwiespältigen Resultate einer deutschen Revolution

Ein marxistisch orientierter Historiker, Arthur Rosenberg, hatte auch zehn Jahre nach den denkwürdigen Ereignissen 1918/19 nur ein verwundertes Kopfschütteln für das übrig, was Deutschland erschütterte, veränderte und doch so viel beim Alten beließ. In seiner früh geschriebenen Geschichte der Entstehung der deutschen Republik deckte er schonungslos die Fehlkonstruktion dieser von den Massen so enthusiastisch begrüßten und zunächst vorangetriebenen, von den Eliten des imperialistischen Deutschlands mit seinen spezifischen feudalen Zügen gefürchteten und bekämpften Revolution auf. Rosenberg weist auf den notwendig distanzieren Zugang zu den Akteuren dieses Umbruchs, eine Haltung, die auch heute nicht schaden kann, wo wir mehr wissen (oder wissen könnten) über Interessen, Beweggründe, Hoffnungen und Intrigen jener Tage und Wochen.

Für ihn ist das „Wunderliche“ dieser Revolution die Diskrepanz zwischen den weitergehenden Erwartungen und vor allem Handlungen der kriegsmüden und für einen radikalen Bruch in der Gesellschaft gegen Kapital und Adel stehenden Matrosen, Soldaten und Arbeitern einerseits. Und andererseits den mit den „Oktoberreformen“ noch von Teilen der alten Eliten eingeleiteten Verhandlungen für einen Waffenstillstand, dem Einleiten einer Parlamentarisierung des Reiches und dem Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie – einer Linie, in die sich die staatstragenden Führer der MSPD willig einbinden ließen und die sie dann auch exekutierten.

Ja, Matrosen, Soldaten, Arbeiter und die ausdrücklich zu erwähnenden Arbeiterinnen², auch nicht wenige besser situierte Bürger wollten den Frieden, ein anderes Deutschland, manche die Republik, die meisten mehr demokratische Rechte und nicht wenige den von der Arbeiterbewegung teils erhofften, teils als Kampfziel gesetzten Sozialismus. Nur, die politischen Akteure in den Kabinettsräumen, Stabsquartieren, in Sitzungssälen und verräucherten Hinterzimmern der Lokale oder in den Redaktionsstuben kommen bei der Rückschau nicht gut weg. Es gab Enthusiasmus, den Willen zur Veränderung, große Erwartungen, hehre Worte und schließlich eine Republik mit einer demokratischen Verfassung, mit sozialen Rechten, mit der Möglichkeit einer Wirtschaftsdemokratie auf dem Papier, mit Betriebsräten, aber eben auch mit diktatorischem Hintertürchen. Dass diese Republik nur 14 Jahre Bestand haben sollte, war seit der ersten Revolutionsnacht nach

¹ Arthur Rosenberg, Entstehung der deutschen Republik 1871-1918, Berlin 1928, S. 238.

² Siehe dazu den Beitrag von Mirjam Sachse im vorliegenden Heft.

der Ausrufung der Republik zumindest für Skeptiker zu erahnen.³

Während die Arbeiter und Soldaten sich noch revolutionären Erwartungen und der ernsten Arbeit in den Arbeiter- und Soldaten-Räten hingaben, verspielten sozialdemokratische Politiker der MSPD wie der USPD in wenigen Tagen die einmalige Chance für eine „neue Gesellschaft“. Was dieser „Zukunftsstaat“ sein mochte, kannten sie aus manch linken Schriften der Vorkriegszeit. Aber es blieb eine unscharfe Idee. Hier und jetzt wollten sie Frieden, den Übergang zu einer Friedenswirtschaft, sahen sie linke Mehrheiten in den Parlamenten. Alles andere sollte sich langfristig und möglichst ohne große Erschütterungen in einer fernerer Zukunft ergeben. Darum gaben sie sich mit der demokratisch-parlamentarischen Republik zufrieden. Spartakusbund – die spätere KPD – und Revolutionäre Obleute heizten die Stimmung an, waren vom russischen, bolschewistischen Vorbild begeistert, aber sie waren zu schwach und unentschlossen, eine breite, gut organisierte Massenbewegung auf Reichsebene für dieses Ziel auf die Beine zu stellen.

Die einzigen, die trotz der Niederlage an den Fronten, trotz des scheinbaren Machtverlustes, trotz aller Auflösungserscheinungen den Kopf behielten, waren Angehörige der alten herrschenden Klassen und ihrer Eliten: Die Militärs, die sich der neuen Macht andienten, um sie unter ihre konterrevolutionären Fittiche zu nehmen, die entschlossenen Vertreter des großen Kapitals, die in Fortsetzung der bereits im Krieg praktizierten „Arbeitsgemeinschafts“-Politik⁴ einen Ausgleich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften schlossen und mit Achtstundentag und überschaubarer betrieblicher Mitbestimmung die Sozialisierung zu verhindern verstanden und die vom ersten Tag der Revolution ihre Verbindungen und ihr Geld einsetzten, um antibolschewistische Propaganda, Gegenrevolution und Mord in Szene zu setzen.

Ein runder Jahrestag

Das Jahr 2018 beschert uns den 100. Jahrestag eines schrecklichen, hinausgezögerten und für die herrschende Klasse und die Militärführung des Reichs blamablen Kriegsendes, den Gründungstag der deutschen Republik und die 100. Wiederkehr einer Revolution in Deutschland, die eben diese Republik möglich machte und doch die Zeitgenossen wie uns heutige Nachgeborene vor schwierige Fragen stellte und stellt.

Es ist abzusehen, dass die Aufmerksamkeit für dieses Jubiläum, durchaus in dieser Dreieinigkeit von Kriegsende, Gründung der Weimarer Republik und Revolution,

³ Ausführlich dazu: Stefan Bollinger, November '18. Als die Revolution nach Deutschland kam, Berlin 2018.

⁴ Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn erklärten die sozialdemokratischen beeinflussten Gewerkschaften für die Dauer des Krieges den Verzicht auf Streiks, 1916 standen SPD und Gewerkschaften zum „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“, das erstmals gewählte „ständige Arbeiterausschüsse“ vorsah, dessen Aufgabe es sein sollte, „das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern“ (§§ 11, 12 des Gesetzes) –http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0001_hil&object=pdf&st=&l=de [12.07.2018 22:12].

hoch sein wird. Im ganzen Land laufen vielfältige Projekte für Ausstellungen, Konferenzen und mediale Begleitung, bemerkenswerterweise auch bei unterschiedlichen politischen Konstellationen in den betreffenden Städten.⁵ Nicht zuletzt stehen Linke vor der Aufgabe, sich zu diesen Ereignissen zu positionieren.

Die große Aufmerksamkeit auch für die revolutionäre Seite der Ereignisse von vor 100 Jahren ist für den gesamt(west-)deutschen Kontext neu.⁶ Noch vor knapp zehn Jahren mussten Publikationen an eine „vergessene Revolution“⁷ erinnern. Immerhin stieg diese Revolution aber schon 2008 zu einem wieder zu beachtenden Ereignis zumindest für jene auf, die in den Traditionslinien der Arbeiterbewegung dachten.⁸ Gleichzeitig dominieren jedoch Interpretationen, die die Ereignisse 1918/19 und die Weimarer Reichsverfassung vor allem als „Geburtsstunde der ersten deutschen Demokratie“⁹ feiern wollen. Dabei ist auch vielen Publikationen des Mainstreams bewusst, dass diese deutsche Republik offenbar so fest verwurzelt nicht war und schnell zu einem Interregnum auf dem Weg zu einer faschistischen Diktatur wurde, auch wenn die Schuld vor allem bei den „rechten und linken Extremisten“ und dem Mangel an Demokraten gesucht wurde.

Schon in der zeitgenössischen Betrachtung fielen kritischen Köpfen, auch Akteuren dieser Zeit die Widersprüche und die Ambivalenzen dieses Umbruchs auf: Zwischen großen revolutionären Erwartungen an eine neue, demokratische, vielleicht sozialistische Gesellschaft einerseits und dem Fortbestehen wirtschaftlich-politischer Machtverhältnisse bei Fortwirken der alten Eliten andererseits, einschließlich des Fehlens demokratischer Verwurzelung in breiten Teilen der Eliten, der Intelligenz, aber auch unter den arbeitenden Klassen.

Wenn wir nach dem Platz der deutschen Revolution von 1918 fragen, dann geht es sicher um eine Fragestellung für Historiker. Aber die Ereignisse vor 100 Jahren – genauso wie 2017 die Erinnerung an die russischen Revolutionen von 1917/22 – führen tief in die heutigen politischen Auseinandersetzungen

⁵ Zu wichtigen wissenschaftlichen Publikationen siehe den Beitrag von Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze in diesem Heft.

⁶ Einen detaillierten Überblick über die historische Auseinandersetzung mit den Ereignissen 1918/19 in Ost und West liefert Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin-Boston 2013.

⁷ Siehe Alexander Gallus (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010.

⁸ Vgl. Z 77 (März 2009), *Novemberrevolution – Aktualität und Geschichte*. Siehe aus sozialdemokratischem Zusammenhang: Helga Grebing (Hg.), *Die deutsche Revolution 1918/19. Eine Analyse von Peter Brandt, Walter Euchner, Helga Grebing, Eberhard Kolb, Peter Lösche, Richard Löwenthal, Susanne Miller, Peter von Oertzen, Heinrich Potthoff, Gerhard A. Ritter, Reinhard Rürup, Manfred Scharer, Hermann Weber und Heinrich August Winkler*, Berlin 2008; aus dem Umfeld der Partei Die Linke: Ulla Plener (Hrsg.), *Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution*, Berlin 2009.

⁹ Siehe Heinrich August Winkler, *Weimar 1918 – 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 2005, 4., durchges. A.; Uwe Klußmann/Joachim Mohr (Hg.), *Die Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie*, München 2015.

gen. Je nach politischer und ideologischer Ausrichtungen fallen die Interpretationen der fachhistorischen Befunde und der Erinnerung unterschiedlich aus.

Nicht zuletzt geht es auch um die Frage,

- ob nur über die Ereignisse zwischen Ende Oktober/Anfang November 1918 mit dem Höhepunkt des 9. November, schließlich den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung am 11. August gesprochen wird;

- ob wir in diesem Zeitraum genauer auf die ersten Tage des Umsturzes schauen und die Phase der Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse im November und Dezember reflektieren, in der es um die massive, gewaltsame Verteidigung der entstandenen Ordnung gegen die linken Versuche ging, die Revolution besonders im Frühjahr 1919 weiterzutreiben;

- oder ob wir den ganzen Komplex der revolutionären und gegenrevolutionären Auseinandersetzungen bis zum Jahre 1923 zum Gegenstand der Betrachtung machen, einschließlich des letzten verzweifelten Versuches, die tiefe wirtschaftliche und politische Krise des Jahres 1923 in einen „deutschen Oktober“ nach der „Blaupause“ der Oktoberrevolution unter sowjetischer Hilfe münden zu lassen.¹⁰ Das Scheitern dieses Versuches, das staatliche Exekutieren der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, das Abblasen des bewaffneten Aufstandes und das Scheitern des Hamburger Aufstandes beendeten diesen widersprüchlichen revolutionären Prozess.¹¹ Dem deutschen Kapital gelang es zugleich, seine ökonomische und politische Macht zu stabilisieren.

Eine zerstrittene Linke

Frieden, Demokratie, Sozialismus schienen im Herbst 1918 auf der Tagesordnung zu stehen. Die Linke, so uneins sie war, konnte nur einen Teil davon erreichen. Die Erinnerung an die Revolutionsjahre muss das Handeln ihrer Politiker, insbesondere auch der vergessenen und lange zur Unperson gemachten, erfassen und vor allem die Zeiten der Revolution selbst im November 1918, aber auch der kämpferischen Episoden der folgenden Jahre bis 1923, herausstellen. Vor allem gilt: In Deutschland war Revolution möglich, spontan, machtorientiert, demokratisch, teilweise prosozialistisch. Bislang unterdrückte, ausgepresste und als Kanonenfutter behandelte Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten, Matrosen, Intellektuelle haben sich als geschichtliche Subjekte konstituiert und gehandelt: Revolution war und ist möglich, ein anderes Deutschland konnte möglich sein!

Dass die alten Kräfte des deutschen Imperialismus und des kaiserlichen Staates, vor allem des Militärs, in ihren bisherigen oder in ihren neuen Formationen, den diversen Freikorps und Geheimorganisationen, mit Geschick wie mit brutalster Gewalt handelten, dass sie in den Folgejahren systematisch auch faschistische

¹⁰ Siehe ausführlich: Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babichenko, Fridrich I. Firsov, Aleksandr Ju. Vatlin (Hrsg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003.

¹¹ Siehe auch die Beiträge von Michael Buckmiller und Harald Jentsch im vorliegenden Heft.

Formen annahmen und auch vor Mord an exponierten bürgerlich-demokratischen Akteuren nicht zurückscheuten – das ist wenig verwunderlich. Aber geschichtlich und für den historischen Rückblick auf die Novemberrevolution und ihre Ergebnisse entscheidend bleibt der Umstand, dass diese Kräfte der Reaktion schließlich siegten und 1933, annähernd 15 Jahre nach dem November 1918, mit der offen faschistischen Diktatur die Revolution endgültig vernichteten.

Problembehafteter ist der Rückblick auf die Linke. In der Bilanz ist zuerst zu konstatieren, dass sie es vor allem nicht verstand, als geeinte Linke zu agieren. Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Spartakisten/Kommunisten, Bremer Linke, Revolutionäre Obleute, diverse anarchistische und anarchosyndikalistische Gruppen suchten jeweils „ihre“ Revolution zu machen, die staatstragenden Politiker der MSPD nur widerwillig. Alle aber scheiterten an der blutigen Reaktion. Ihnen fehlte ein gemeinsamer Sinn für eine sozialistische Perspektive, ein gemeinsamer Zugang zu einer alternativen, revolutionären Form der Demokratie und sie hatten keine Chance, über allgemeine Losungen einer Sozialisierung hinauszukommen und die Machtbasis von Kapital und Junkern zu brechen. Wichtige Teile der SPD, Abgeordnete und hauptamtliche Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, hatten sich bereits vor 1914 von der revolutionären Perspektive verabschiedet. Ob „Revisionismusstreit“ oder „Massenstreikdebatte“, stets distanzieren sie sich von den Linken mit deren radikaler sozialistischer Zielsetzung. Vielmehr setzten sie auf schrittweise Reformen, die unweigerlich in eine sozialistische Zukunft führen würden. Revolutionäre Wortführer wie Liebknecht und Luxemburg waren in ihren Augen Störfaktoren. Auch wenn die Spaltung in der Kriegsfrage 1914 nicht identisch mit diesem Konflikt war – der sich auch in der USPD fortsetzen sollte –, die sozialdemokratische Bewegung trug die Spaltung bereits in sich. Aber: diese reformorientierte, staatstragende und sich anpassende Politik zeitigte Erfolge – nicht nur bei Wahlen, sondern in der Lebenslage vieler ihrer Wähler. Darum hatte die SPD einen Vertrauensbonus, der sich auch in der Entscheidung für den Krieg bei vielen nicht oder nur sehr spät auflöste.

Bei allen Schwankungen der politischen Stimmung in Deutschland in den Jahren der Revolution und der revolutionären Nachkriegskrise gab es nur wenige Augenblicke eines gemeinsamen Handelns: In den Revolutionstagen gegen Krieg und Kaiser, kurzzeitig bei der Abwehr des konterrevolutionären Kappputsches 1920. Ansonsten kämpften sie meist gegeneinander und waren jenseits der MSPD vor allem Meister innerer Zerstrittenheit, in der die notwendige Strategiesuche letztlich in einen Selbstzerfleischungsprozess mündete.

Auch heute noch sind Sozialdemokraten leicht mit nicht nur Sebastian Haffners These von der „Verratenen Revolution“¹² und mit dem Verweis auf die Schuld¹³ am Mord an Liebknecht, Luxemburg, an tausenden Revolutionären, aber auch Zi-

¹² So die Grundthese in: Sebastian Haffner, 1918/1919 – eine deutsche Revolution, Reinbek bei Hamburg 1981.

¹³ Siehe den Aufsatz von Klaus Gietinger im vorliegenden Heft.

vilisten, in Rage und Abwehrposition zu bringen. Die Verratsthese erklärt jedoch nur wenig, auch wenn das Paktieren der MSPD-Führer mit der alten Macht, mit dem Militär verhängnisvoll war. Aber was haben die Sozialdemokraten verraten, den Sozialismus? Dazu hätten sie als Führer, Theoretiker und als Mitglieder, gar als Wähler wissen müssen, was unter den konkreten Bedingungen 1918 in Deutschland Sozialismus sein konnte, wie er zu erreichen war, welche Formen und Wege der Vergesellschaftung respektive der Sozialisierung möglich waren, wie Macht und Demokratie für die neue Gesellschaft zu organisieren waren. Der Vorlauf der Linken war dafür überschaubar. Die großen Debatten um Revisionismus oder Massenstreik hatten hierfür wenig gebracht. Unter dem Dach der zentristisch geführten SPD konnten alle ihre Meinung behalten. Die praktische Politik wurde sowieso von den Fraktionen im Reichstag und in den Landtagen gemacht. Vor allem, sie zeitigte kleine, aber auch für den einfachen Arbeiter und die einfache Arbeiterin spürbare Ergebnisse nicht nur in den Wahlen. Wenn endlich die Reichen Steuern zahlen sollten, dann konnte eine SPD auch den Haushalt mit seinen Rüstungsmilliarden abnicken. Die SPD wollte staatstragend und voller Verantwortung sein, erst recht in den „Schicksalsstunden“ der Nation – sei es zu Beginn des Krieges oder zu Beginn des Friedens, in der bürgerlichen Gesellschaft. Darauf wollen auch heute Sozialdemokraten und -demokratinnen stolz sein, sicher mit mehr oder weniger Selbstkritik.

Und die radikale Linke knabbert noch heute daran, dass sie nach 1945 in einem Teil Deutschlands das Vermächtnis der 1918er Revolution verwirklichen wollte, daran aber unter den Bedingungen des Kalten Krieges ökonomisch wie politisch scheiterte.

Zum Platz der Revolution

Zunächst ist nach den Voraussetzungen und Bedingungen dieser Revolution zu fragen. Ohne das Auslösen des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe“ zumindest des 20. Jahrhunderts, ist diese Erschütterung der deutschen – und wie schnell zu sehen ist – der europäischen und teilweise der Weltgesellschaft, ihrer Staaten, Nationen, sozialen Klassen nicht erklärbar. Ginge es nur um ein „schlafwandlerisches“ Hineinschlittern in diesen ersten global ausgefochtenen Krieg mit Schwerpunkt Europa, dann hätten es kluge Diplomaten richten können.

Es ging aber von Anfang an – so wie die deutsche und internationale Sozialdemokratie es erwartet hatte – um einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Welt, mit einer Voreiterrolle des zu spät gekommenen Deutschen Reiches, das endlich seinen „Platz an der Sonne“ haben wollte.¹⁴ Aus diesen imperialisti-

¹⁴ Vgl. auch mit Blick auf die Rolle der SPD 1914: Stefan Bollinger, *Weltbrand, ‚Urkatastrophe‘ und linke Scheidewege. Fragen an den ‚Großen Krieg‘*, Berlin 2014; ders., *„Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit“*. Deutsche Arbeiterbewegung und Linke im Ersten Weltkrieg, in: Z 98 (Juni 2014), S. 94-110. Zur aktuellen Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld: Werner Röhr, *Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte*, Hamburg 2015. Kurt Pätzold, *Im Sumpf. Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns*, in: Z 98 (Juni 2014), S. 81-93.

schen Zielsetzungen, den Kriegszielen von Großkonzernen, Finanzkapital und Großagariern, ergaben sich Härte, Dauer und Verbissenheit des Krieges.

Es war von Beginn an ein Krieg, der mit der Möglichkeit einer Revolution schwanger ging. Würden diejenigen, die kämpfen mussten, und das waren in Zentraleuropa die Massen der Arbeiter, sich so einfach für fremde Ziele, für Ruhm und Gewinn ihres Staates abschlagen lassen? Die Eliten fürchteten die Revolution und fanden in geschickter Manipulation der Fakten, in der Nutzung eines tief verwurzelten Patriotismus, oft auch eines trotz aller Ablehnung doch wirksamen militaristischen Geistes, aber eben auch unter Missbrauch der berechtigten Sorge der einfachen Leute und ihrer Parteien vor Diktatur und Unterwerfung unter fremde Despoten einen Weg, Arbeiterklasse und Sozialdemokratie zu glühenden „Vaterlandsverteidiger“ zu adeln.

Spätestens ab dem dritten Kriegsjahr wurde sichtbar, dass der Krieg die Gesellschaften tödlich belastete. Millionen fielen an den Fronten, noch mehr wurden verwundet, in der Heimat wurde gehungert, Arbeiter und in einem bislang ungeahnten Ausmaß Arbeiterinnen in den Rüstungsbetrieben und der gesamten Wirtschaft ausgepresst. Damit zerbröselte langsam aber sicher die Front der „Vaterlandsverteidiger“. Kritische Linke, aber auch bürgerliche Pazifisten fanden trotz Belagerungszustand mit ihrer Friedenspropaganda Gehör. In Deutschland gab es seit 1916 offen politisch motivierte Protestaktionen und Streiks. Vor allem aber sorgten 1917 die beiden russischen Revolutionen vom Februar und Oktober dafür, dass sich diese sich im Wesentlichen auf die proletarischen Massen stützende Antikriegsbewegung Auftrieb und Radikalität gewann. Eine zentrale Rolle spielten die Frauen, die nicht nur in der Industrie mittlerweile die Männer ersetzen mussten, schufteten und unter den Mühen der desaströsen Versorgungslage litten.

Waren es zunächst nur wenige linke Sozialdemokraten um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin oder Franz Mehring, wenige radikale Gewerkschafter der Revolutionären Obleute wie Richard Müller, die kämpften, brach endlich auch die burgfriedenstreue Sozialdemokratie auseinander. Die Kriegsgegner schufen sich eine Unabhängige Sozialdemokratie (USPD), die für einen Frieden ohne Annexionen, für ein rasches Kriegsende und für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten eintrat.

Die Ereignisse 1918 – angefangen mit den Januarstreiks der Munitionsarbeiter, von Führern der MSPD untergraben, – bis zum Aufstand der Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel, den revolutionären Erhebungen in Bremen, München und schließlich in Berlin – sind eingebettet in einen gesamteuropäischen Prozess der Kriegsmüdigkeit, des Anti-Kriegskampfes und der erhofften Abrechnung mit den für den Krieg Verantwortlichen in Regierungen, Adel und Großbourgeoisie.

Die deutsche Revolution ist Teil dieses internationalen Prozesses, einer revolutionären Krise zwischen 1917 und 1923.¹⁵ Sie erschütterte Europa und Teile Mittelasiens und Nordafrikas, ließ andere Weltregionen aber ebenso wenig aus.

¹⁵ Eine gute Einordnung gibt Pierre Broué, *The German Revolution 1917-1923*, Leiden 2005.

Dabei stand die deutsche Revolution – ähnlich wie die in Österreich und Ungarn – in einer engen Wechselwirkung mit der inzwischen radikalisierten, sich sozialistisch verstehenden Revolution der Bolschewiki in Russland. Das ist weniger eine Frage der (ihrem realen Umfang nach sehr begrenzten) russischen Hilfe (mit Geldern, Waffen oder Instruktoren), die im Herbst 1918 die deutsche Regierung, aber auch die Mehrheitssozialdemokraten ängstigte. Es war vielmehr der revolutionäre Bazillus, der Widerhall der „Aurora“, der vom Osten her herüberkam. Die Botschaft lautete: Einfache Arbeiter und Bauern konnten einen Zaren stürzen, den Adel verjagen oder massakrieren, Armee und Wirtschaft aufbauen und sich trotz eines Raubfriedens mit den Mittelmächten im Interventionskrieg und brutalen Bürgerkrieg behaupten. Sie hatten es irgendwie geschafft, den Großgrundbesitzern den Boden wegzunehmen, die Fabriken zu übernehmen. Und sie hatten eine völlig neue, basisdemokratische Form der Macht etabliert, die Sowjets.

Genauso, wie sich die russischen Revolutionen für Linke in Deutschland – bei aller Kritik am konkreten Vorgehen der Sowjetrussen¹⁶ – als Inspiration und Ansporn erweisen sollten – endlich würde die deutsche Arbeiterklasse ihre internationalistische Pflicht erfüllen und die Russen nicht allein lassen – erwiesen sich die Vorgänge in Russland auch als Alarm- und Handlungs-Signal für die alten Mächte. Für sie war das, was in Russland geschah, die Bedrohung schlechthin, wurden doch dort Macht- und Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt. Jede Meldung aus dem Osten machten sie zum Puzzleteil eines Gräuelbildes von Terror und Chaos. Deutsche Truppen erprobten nach dem Raubfrieden von Brest-Litowsk im Baltikum, in Finnland und in der Ukraine blutig die Konterrevolution. Sie sollten diese Erfahrungen alsbald auch in der Heimat anwenden.

Problematischer war – und dies betrifft auch einen Großteil linker Diskussionen heute – die skeptische bis ablehnende Sicht vieler Linker auf das, was im Osten als Revolution begann und in blutigem Bürgerkrieg, unklaren Perspektiven, der Allmacht einer einzigen Partei und in der Ausschaltung des basisdemokratischen Elements der Sowjets sich manifestierte. Viele Linke begriffen die Schwierigkeiten einer Revolution nicht, die kaum etwas mit vermeintlichem Lehrbuchwissen zu tun hatte: Die Last des geringen gesellschaftlichen Entwicklungsstandes, die feindlichen Angriffe im Land und von außen, durch die Gegner der Revolution missbrauchte Arbeiter und Bauern. All das beobachteten auch Linke in Deutschland und nicht wenige fühlten sich in den früheren Konflikten von Revolutionären und Reformisten bestärkt: So viel problematische, negative Folgen eines revolutionären Umsturzes wollten sie nicht mitverantworten, dann lieber die Ansprüche und Ziele zurückstecken.

Der Antibolschewismus, richtiger: Antikommunismus und Antisozialismus, der im Kampf um die Macht 1918/1923 kaum zwischen den einzelnen Ansätzen unterschied und der von den alten Eliten wie der sozialdemokratisch geführten Regierung auch nicht als Gegenstand von akademischen Diskursen, sondern als

¹⁶ Siehe diese unterschiedlichen Positionen in: Jörn Schütrumpf (Hrsg.), *Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18*, Berlin 2017.

Mobilisierungsideologie zwecks brutaler Machtsicherung propagiert wurde, spaltete die Linke und minderte die Chancen für eine über den Sturz der Monarchie und die Schaffung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie mit wichtigen sozialpolitischen Zugeständnissen hinausgehende Entwicklung.

Ziele der Revolution

Warum die Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel Anfang November 1918 aufbegehren, ist einfach zu erklären. Sie wollten sich nicht in einer Verzweiflungstat von der Marineführung verheizen lassen, die hinter dem Rücken der Regierung, partiell gedeckt durch die OHL, die Waffenstillstands-Kontakte im Wortsinne zu torpedieren beabsichtigte. Die Matrosen streikten für Frieden, für ein Ende des Militarismus, für das Ende des Belagerungszustands, für eine neue Regierung, mehr oder minder für die Beseitigung der Monarchie und oftmals für einen Umsturz der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Die russische Idee von den Sowjets wurde in spontan sich bildenden Arbeiter- und Soldatenräten aufgegriffen. Teilweise wurde die Sozialisierung, also die Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und eine bestimmende Rolle der Räte in den Unternehmen, gefordert. Ein Blick auf die damaligen Aufrufe und Forderungskataloge zeigt allerdings, dass weitergehende Entwürfe und Zielsetzungen für eine sozialistische Gesellschaft bloss blieben. Sie waren besonders in jenen Arbeiter- und Soldatenräten präsent, in denen radikale Linke Einfluss hatten.

Nüchtern zusammengefasst kann festgestellt werden, dass die großen Diskussionen um den Charakter der Novemberrevolution, wie sie in der DDR Historiker und Politiker austrugen und die nach langem Streit in der Formel von der „bürgerlich-demokratischen Revolution, die mit proletarischen Kampfmitteln geführt“¹⁷ wurde, gipfelte, wahrscheinlich die Situation richtig erfassten.

Vom Aufstand in Kiel über die Bildung des Freistaates Bayern und die niedergeschlagene Bremer Räterepublik bis zum Umsturz in Berlin und dessen Konsolidierung war es eine Revolution, die von ihren Ergebnissen her endlich ihre Vorgängerin von 1848/49 fast vollendete: Die Republik, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Macht des Parlaments, aber auch sozialpolitische Zugeständnisse vom Achtstundentag bis zur Aufhebung der Gesindeordnung.

Für diese Ziele engagierte sich unter dem Druck der Massenbewegungen die MSPD mit ihren zentralen Figuren Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Noske. Mit ihrem zunächst gemeinsam mit der USPD gebildeten Rat der Volksbeauftragten (de facto war dessen Bildung die Machtübergabe aus der Hand des letzten Kaiserlichen Reichskanzlers von Baden) sahen sie sich in staatspolitischer und staatstragender Verantwortung. Sie wollten ein Ende des Krieges und hielten politische Stabilität unter reformerischen Vorzeichen für die Grundlage erfolgreicher Friedensverhandlungen. Sie wollten eine Parlamentarisierung und Demokra-

¹⁷ Siehe: Die Novemberrevolution in Deutschland. Thesen anlässlich des 40. Jahrestags. [Beschluss des Zentralkomitees vom 19.9.1958 (2. Tagung).] In: Dokumente der SED, Bd. VII, Berlin 1961, S. 378f.

tisierung, nicht unbedingt die Republik, und sie hielten sozialpolitische Verbesserungen für wünschenswert. Die bürgerliche Gesellschaft blieb ihr Horizont.

Die denkwürdigen, konkurrierenden Republikverkündigungen Liebknechts vom Schlossbalkon und Scheidemanns von der Reichstagsbalustrade machten deutlich, dass die Ziele der Revolution von der radikalen Linken und der Mehrheitssozialdemokratie völlig unterschiedlich gesehen wurden. Die radikale Linke, unter ihnen der Spartakusbund, wollten die sozialistische Räterepublik, die MSPD eine bürgerlich-parlamentarische Republik und den Ausbau von repräsentativer Demokratie und Sozialstaat.

In dieser Frage waren die politischen Führer der Linken uneins und bekämpften sich schließlich. Die ihnen folgenden Massen waren allerdings unterschiedlich stark, unterschiedlich organisiert und wussten wenig, was sie über diese aktuellen Tagesforderungen hinaus wirklich – und vor allem: wie – bewirken wollten.

Ein kurzer Exkurs: Seit dem Erfurter Programm von 1891 verstand sich – durchaus auch mit dem Ritterschlag des greisen Friedrich Engels – die deutsche Sozialdemokratie als siegreiche Partei im Kampf gegen den Kaiser, als Verkörperung einer revolutionären Perspektive. Diese Politik war bis 1914 zumindest im sozialpolitischen Bereich nicht erfolglos. Es gab erhebliche Zugeständnisse seitens des Kaisers, der Regierung, der Unternehmen. Die Lebenslage der Arbeiter konnte sich mit der breiten Industrialisierung beim Übergang zum Imperialismus seit der Jahrhundertwende langsam verbessern, große Konzerne schufen günstigere Lebensbedingungen für ihre Stammebelegschaften, die Sozialversicherungsgesetze zeigten langsam Wirkung.¹⁸ Es lohnte sich sozialdemokratisch zu wählen. Die SPD-Politiker und die ihnen nahestehenden Gewerkschafter gewannen an Ansehen, hatten mehr oder minder gute Posten, konnten für ihre Klientel etwas bewegen. Und sie erlangten zunehmend Anerkennung seitens der herrschenden Kreise. Eine Partei, die sich so für den Staat einsetzte, die an politischer Stabilität interessiert war und ihre sozialistischen Ziele in der Praxis des politischen Alltags nicht durch politische Massenstreiks, gar Revolution durchsetzen wollte, sondern evolutionär, auf parlamentarischem Wege, war durchaus respektabel.

Offensichtlich war dieses Vertrauen in die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer trotz aller Auseinandersetzungen um die Stellung zum Kriege bei der Mehrheit der Parteimitglieder, Sympathisanten und Wähler auch im Kriege nicht zerbrochen. Der Einfluss der zugleich mit allen Mitteln bekämpften Linken blieb quantitativ wie regional begrenzt. Die Führung der SPD, nunmehr der MSPD, konnte daher trotz der aufgebrochenen Massenbewegungen ihre hegemoniale Position auf der Linken weitgehend wahren und sich damit an die Spitze der Revolution stellen und den Umbau des Reiches

¹⁸ So stiegen die nominalen Bruttolöhne im fraglichen Zeitraum um mehr als 30 Prozent, allerdings bei gleichfalls deutlich steigenden Lebenshaltungskosten. Die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen waren erheblich. Siehe z.B. Erich Wiegand, Zur historischen Entwicklung der Löhne und Lebenshaltungskosten in Deutschland. In: Historical Social Research – HSR, Köln, H. 3/1981, S. 18-41.

einleiten. Nicht zu vergessen ist, dass dieses Gedankengut und der Zentrismus auch die in der Friedensfrage abgespaltene USPD prägten.

Eine zweite, sozialistische Revolution hatte unter diesen Vorzeichen keine reale Massenbasis. Der Rat der Volksbeauftragten aus MSPD und USPD schaffte es, seine Macht zu konsolidieren und die Revolution auf dem erreichten bürgerlich-demokratischen Stand einzufrieren. Vor allem gelang es ihm, die Rätebewegung so zu lenken, dass letztlich alle Versuche, mit den Räten die Revolution zu verteidigen oder sie gar weiterzutreiben, durch deren eigene Mehrheitsentscheidung zugunsten eines parlamentarischen Systems (Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung) beendet wurden. Dafür sorgte schon die Zusammensetzung des Reichsrätekongresses, in der die USPD in deutlicher Minderheit und die linken Politiker Luxemburg und Liebknecht von ihrer USPD nicht einmal Rederecht, geschweige denn Mandate erhielten. Von den 487 Delegierten gehörten 289 zur MSPD, 90 der USPD (darunter 10 zum Spartakusbund). Es gab 27 Soldatendelegierte, 10 Mandate fielen an die Vereinigten Revolutionären Arbeiter und Soldaten. Die bürgerliche DDP konnte auf 25 Stimmen setzen, keiner Fraktion gehörten 46 Delegierte an.¹⁹

Die radikale Linke und die von ihr mobilisierten Massen mochten zwar noch im Januar 1919 in Berlin gegen diese Kanalisierung der Revolution gewalttätig ankämpfen, sie wurden aber durch regierungstreue Truppen geschlagen, ihre Führer Liebknecht, Luxemburg, Leo Jogiches wie viele andere Kämpfer, aber auch Unbeteiligte ermordet. Die Wahl zur Nationalversammlung brachte eine parlamentarische Kräftekonstellation hervor, die zwar MSPD und USPD als starke Kräfte erscheinen ließ; aber die zur Wahl angetretenen linken Parteien waren den bürgerlichen quantitativ unterlegen.²⁰ Die gerade zur Jahreswende 1918/19 gegründete KPD boykottierte die Wahl. Die erste Weimarer Koalition von MSPD, Zentrum und DDP sicherte zwar der MSPD noch einen entscheidenden Einfluss, garantierte aber die Bindung der von ihr repräsentierten Massen an das bürgerlich-parlamentarische System und war zugleich der Beginn einer Periode mit sich abschwächendem Einfluss linker Parteien.

Die Folgen einer Revolution von oben

Der Herbst 1918 ist durch eine widersprüchliche Entwicklung charakterisiert. Die Militärführung erkannte im September die ausweglose Lage. Land und Armee waren erschöpft, die Antikriegspropaganda wirkte, vor allem aber schuf der Kriegseintritt der USA eine militärisch aussichtslose Situation. Die OHL um Erich Ludendorff fürchtete die Folgen dieser Entwicklung, die unweigerlich zur Nieder-

¹⁹ Siehe Sabine Roß, Revolution ohne Revolutionäre? Kollektive Biographie der Delegierten der deutschen Reichsrätekongresse 1918/1919. In: Historical Social Research HSR, Köln, H. 23 (1998), S. 38-57.

²⁰ SPD 37,9 Prozent, USPD 7,6 Prozent (zum Vergleich Reichstagswahl 1912: SPD 34,8 Prozent), bürgerliche Mitte: Deutsche Demokratische Partei (DDP) 18,5 Prozent, Christliche Volkspartei (CVP), also das Zentrum, 19,7 Prozent. Die Rechte: Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 10,3 Prozent, Deutsche Volkspartei (DVP) 4,4 Prozent.

lage führen müsste: Dem Land drohe eine Revolution nach russischem Vorbild. Das müsse verhindert werden, eine Diktatur schien den Generälen nicht mehr möglich. Also einigten sich OHL und Reichsregierung auf eine „Revolution von oben“, die Deutschland zu einer konstitutionellen Monarchie machen und die Parlamentarisierung bringen sollte. Vor allem sollten die Sozialdemokraten und die kritischen bürgerlichen Parteien in dieses Machtmodell eingebunden werden. Das hätte einen doppelten Effekt: Nicht Militärs, sondern Zivilisten würden die Waffen strecken müssen und sich damit den Unmut des Volkes zuziehen. Gleichzeitig wäre es in einer solchen Konstellation ein Leichtes zu betonen, dass die im Feld siegreiche Armee aus dem unzuverlässigen und spartakistisch verseuchten Hinterland den tödlichen „Dolchstoß“ erhalten habe. Eine Legende war geboren.

Die MSPD sah sich ihrerseits am Ziel ihrer Träume und der seit 1914 laufenden Geheimverhandlungen mit der Reichsleitung. Endlich würde sie anerkannt sein, käme offiziell in Regierungsverantwortung und könnte das Deutsche Reich demokratisieren. Mit den Oktoberreformen schienen all diese Ziele erreicht worden zu sein. Der Aufstand der Matrosen, Soldaten und Arbeiter unter Roten Fahnen, mit Arbeiter- und Soldatenräten machte jedoch einen Strich durch diese Rechnung.

Es war dieser Druck der Massenbewegungen, der eine radikale Veränderung hin zur Republik, einen Weg zu einer demokratisch verfassten parlamentarischen Republik, zu sozialen Zugeständnissen und zu einer neuen Regierung aus Politikern der Linken möglich machte. Die Schubkraft lieferte also tatsächlich eine Revolution auf der Straße mit selbstbewussten Massen und Basisdemokratie – aber letztlich wurde sie in vorgezeichnete Bahnen gelenkt durch die Partei, deren Führer sich als sozialistisch ausgaben, aber nur einen kleinen, zweifellos wichtigen, Schritt gehen wollten.

Denn sie sahen sich weiter in ihrer staatstragenden Rolle. Wenn schon der neue starke Mann, Ebert, die Revolution wie die Pest hasste und Furcht vor einem spartakistisch-bolschewistischen Umsturz hatte, dann war das Bündnis mit Staatsapparat und Militär zwingend. Der Ebert-Groener-Pakt²¹ sollte Ruhe und Ordnung im Reiche gewährleisten. Das von den Gewerkschaften getragene Stinnes-Legien-Abkommen mit dem Großkapital²² sollte in einem

²¹ Noch am Abend des 10. November 1918 vereinbarten Ebert als Reichskanzler bzw. Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten und Generalleutnant Wilhelm Groener als Generalquartiermeister für die Oberste Heeresleitung eine politische und militärische Zusammenarbeit. Mit Hilfe der heimkehrenden Truppen sollte im Reich „Ruhe und Ordnung“, und das hieß Unterdrückung der radikalen Linken, gesichert werden. Auch wenn erste Versuche im November/Dezember scheiterten, gelang es schließlich dem Militär mit neuen Freikorps und loyalen Einheiten unter Oberbefehl des zuständigen Mitglieds des Rates der Volksbeauftragten und dann neuen Reichswehrministers Noske, dieses Ziel in den nächsten Monaten blutig durchzusetzen.

²² Am 15. November 1918 geschlossene Vereinbarung zwischen Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften, benannt nach den federführenden Autoren, dem Großindustriellen Hugo Stinnes und dem Vorsitzenden des Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien. Um eine Sozialisierung zu verhindern war die Unternehmenseite zu weitgehenden Zugeständnissen bereit: die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner, die Einführung des Achtstun-

korporativen Modell den Kapitalismus anpassen und Schlimmeres, die Verge-sellschaftung des kapitalistischen Eigentums, verhindern.

Von Anbeginn an setzte die neue sozialdemokratische Regierung gemeinsam mit dem Militär auf die Fronttruppen, die bei ihrer Heimkehr das Land von der Macht des Pöbels, den Räten, von bewaffneten Arbeitern und der Volks-marinedivision befreien sollten. Auch wenn dies so zunächst nicht funktio-nierte, gelang es der militärischen Führung mit dem Volksbeauftragten und späteren Reichswehrminister Noske von der SPD Schritt für Schritt, durch Truppeneinsatz und offenen Terror in Berlin, in Bremen, in München, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland die „verfassungsgemäße Ordnung“ eines kapitalistischen Staates und seiner Regierung wiederherzustellen. Ein Um-stand, der heute für viele eine Neuentdeckung zu sein scheint.²³

Die zweite Revolution wurde blutig erstickt, alle weiteren revolutionären Auf-stände liquidiert. Ein sozialistischer Weg wurde verbaut. Gleichzeitig bildeten die-se neuen militärischen Kräfte, die Freikorps, und die Reichswehr das Rückgrat der konservativen und bald auch faschistischen Strukturen und Bewegungen, die in den nächsten Jahren den Weg der politischen Revanche im Innern und schließlich zum Versuch einer bewaffneten weltpolitischen Revanche ebneten sollten.

Die bürgerlich-kapitalistische Ordnung wurde nicht durch eine sozialistische ersetzt und das in einem Land, dessen nachdenkliche linke Theoretiker so nachdrücklich die Russen warnten und verurteilten, weil sie in einem rück-ständigen Agrarland radikal mit dem Alten brechen wollten und doch nur schwer die halbasiatische Barbarei überwinden möchten. Im hoch entwickel-ten Deutschland, mit seiner Industrie, seiner Zivilisiertheit, seiner starken, or-ganisierten, aber auch uneinigen Arbeiterklasse sollte das doch eine über-schaubare Herausforderung sein. Sie hätte Mut zum Risiko, zum Ausprobieren, aber auch zum Brechen des Widerstands der Besitzenden erfordert ...²⁴

Was hat der November gebracht?

Die deutsche Revolution war ein Lehrstück für das, was aufbegehrende Mas-sen bewegen können, aber auch für die Fähigkeit der Besitzenden, ihre Macht

dentages, die Arbeitsplatzgarantie für die Kriegsheimkehrer, die Akzeptanz von Betriebsräten.

²³ Siehe die große Resonanz auf Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.

²⁴ Hier hilft es wenig, den Charakter des Kaiserreiches und damit die Aufgaben des Proletariats in einer Revolution zu relativieren, in dem von der Schwäche der Bourgeoisie und einem dominierenden feudal geprägten Obrigkeitsstaat fabuliert wird. (Vgl. Heiner Karuscheit, Zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution, in: Marxistische Blätter, H. 4/2018, S. 98-107.) Zwar besetzte der Adel (die Junker) immer noch Schlüsselpositionen in Staat und Militär, aber das Großkapital hatte sich längst machtvoll etabliert, bestimmte die Kriegsziele und sorgte sich um den Kriegsausgang. Seine Ansprüche (Verhinderung der Sozialisierung, Ausschaltung radikaler linker, proletarischer Kräfte) waren 1918/19 das Programm der alten Eliten. Dafür schlossen Bankiers und Industrielle mit den Gewerkschaften Verträge, finanzierten sie die 1918 gegründete „Antibolschewistische Liga“, lenkten sie die Presse. Wenn die sozialistische Revolution ausblieb, dann behielten sie die Macht und unterstützten die Kräfte der Revanche.

zu behaupten. Und dafür, dass sich linke Politiker bereit finden, keine Risiken einzugehen, sondern den gemäßigten Fortschritt zu propagieren und dabei blind zu sein für jene Mächte, von denen sie im Interesse von Ruhe und Ordnung geholt worden waren und von denen sie eher als Marionetten betrachtet wurden denn als zu respektierende Politiker der Republik.

Aufmüpfige Sozialdemokraten, es hätten auch Kommunisten sein können, haben in späteren Jahren skandiert: „Republik – das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel“. Alle ahnten, dass die Revolution zwar demokratische Rechte, manche soziale Verbesserungen gebracht hatte, aber nicht die Gesellschaft von Grund auf umzukrempeln vermochte. Es wird die Rede sein von der „Demokratie ohne Demokraten“. Doch zeigte der Sieg des Faschismus, dass selbst dieses scheinbar kleine Ergebnis der Revolution verletzlich war. Ohne Demokratie waren alle Versuche, den Kapitalismus zu überwinden, mit welchen Methoden auch immer, verbaut.

Zweifellos wird in den Jubiläumsfeiern 2018/19 – mit oder ohne Bekenntnis zur Revolution, mit und ohne Blick auf die unterschiedlichen, auch linken Akteure, die im verzweifelten Kampf Opfer des frühen faschistischen Mobs unter – fataalerweise – sozialdemokratischem Oberbefehl wurden – vor allem der Weimarer Republik und Verfassung gedacht werden. Ein gutes, ein großes Stück Demokratie mit klaren bürgerlichen, aber auch sozialen Rechten, mit einem Anspruch auf eine positive Beeinflussbarkeit des Wirtschaftslebens durch den Staat, mit – wenn auch bescheidenen – Überresten des Rätegedankens für die eingeschränkte Mitbestimmung in den Unternehmen. Daran ist zu erinnern, hier können Linke aller Parteien und bürgerliche Demokraten einig sein. Sie müssen aber auch die Begrenztheit dieser Verfassung und deren diktatorische Notausstiege sehen, die Verfassungswirklichkeit beachten und die Offenheit von Staatsapparat und Justiz nach rechts in Rechnung stellen.

Die Weimarer Republik ist eine Zeit der politischen, demokratischen Konsolidierung, des wirtschaftlichen Wiedererstarkens – aber eben nur für fünf Jahre zwischen 1923 und 1929. Es ist auch eine Zeit der Vorbereitung auf die Revanche gegen die Linke in ihrer Gesamtheit wie gegen die Demokratie. Und es ist die Zeit der Vorbereitung der Revanche für den verlorenen Krieg.

Es bleibt dabei: 1918 forderten die Massen unter Waffen und an den Fabrikbänken, in den Schlangen vor den Brotläden Frieden, ein anderes Deutschland, manche hofften auf Sozialismus – doch die Linken waren uneins, die herrschenden Klassen und ihre Machtapparate flexibel und widerstandsfähig. Revolutionäre Arbeiter und Soldaten erprobten mit ihren Räten, wie es ist, selbst unmittelbar die Macht auszuüben. Der Kampf um die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist noch lange nicht entschieden, uns bleibt der Versuch, aus dieser Geschichte unsere Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein schwieriges, ein streitiges, vielleicht ein unmögliches Geschäft ...